

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Meißner Buchdruckerei (GmbH) D. 5000. Für die Schriftleitung verantwortlich D. 5100 in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die erste Zeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerhalb 25 Goldpf. pro Zeile 20 Goldpf. m. Inf. Steuer. Kollekt. Anzeigen 100%, Zuschlag. Offerte und Anzeigenentwurf 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmevertrages hinlänglich wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 30 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zustellveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Der telefonische Auftrag wird bei Bedarf Bescheid übernommen.

**Bezugspreis:**  
Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post in Ost- u. Oberdeutschland, sowie im Ausland, 90 Goldpf. m. Postzuschlag. Preise für Einzelhefte, Nachdruckung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.  
In Fällen des Beschlusses besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Wiederherstellung des Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Buchhändlerinnen jederzeit entgegen.  
Graz-Route Nr. 24  
D. R. G. 400000 Neuenbürg.

21.

Mittwoch, den 27. Januar 1926.

84. Jahrgang.

## Deutschland.

**München, 26. Jan.** Für den 27. Januar hatten die Münchner Kommunisten eine große Kundgebung „gegen Hunger und Krieg, die kapitalistische Anarchie und den Raubzug der Räter“ auf der Reichshauptstadt geplant. Die Münchener Polizeidirektion verbot aber die Demonstration und beschlagnahmte die für die Verbreitung bestimmten Flugblätter.  
**München, 26. Jan.** Die Ankündigung in der letzten Nummer des „Völkischen Kuriers“, daß er nach dem Eingehen als Tageszeitung wahrheitsgemäß als Wochenchrift weiterbestehen werde, hat sich doch erfüllt. Unter dem Titel „Kommunist“ ist nun in München im alten Verlag und unter der alten Schriftleitung die erste Nummer dieser wöchentlichen Wochenchrift herausgegeben worden. Der erste Heftartitel „Was wir nicht wollen“ ist in revolutionären Redensarten abgefaßt und wendet sich in der Hauptsache gegen das verfallene Bürgertum. Die Nummer will sich schließlich zunächst einmal auf die radikalen Elemente Eindruck machen.

## Das Wirtschaftsprogramm der deutschnationalen Volkspartei.

**Berlin, 25. Jan.** Die deutschnationale Volkspartei veröffentlicht ein Wirtschaftsprogramm. Das Programm der deutschen Volkspartei, in dem es u. a. heißt: Wirtschaft und Lebenshaltung in Deutschland sind in immer stärkerer Maße zurückgegangen. Ein fürchterliches Kennzeichen hierfür ist die Arbeitslosigkeit. Die Völkchen des Reichs und dementsprechend die Völkchen der deutschen Wirtschaft haben sich schon in einem einzigen Jahre infolge des Dawesplanes um über 100 Millionen, d. h. also 1,2 Milliarden, erhöht. Durch die Lieberungsplanung der Streikverordnungen ist die Steuerlast des deutschen Volkes auch im Vergleich zur Belastung anderer und reichere Völker überhand genommen. — In dem Programm wird die Reichsregierung aufgefordert, entscheidende handelspolitische Maßnahmen zu treffen, um die deutsche Arbeit und die deutsche Produktion vor dem völligen Erliegen zu schützen. Bester heißt es in dem Programm: Die Währungs- und die Reichsbankpolitik müssen wieder organische Bestandteile der deutschen Wirtschaft werden. Auf die Dauer kann die Kreditnot nur aus eigener Kraft durch ein Zusammenwirken von Wirtschaft und Staat behoben werden. Wir fordern eine Reformierung des öffentlichen Haushaltes, Beseitigung der nicht mehr tragbaren Last eines aufgeblähten Verwaltungsapparats, sowie Abbau der überhand genommenen Staatsverwaltung. Die 1925 begonnene Steuerreform muß in diesem Sinne zielbewußt fortgesetzt werden. Die öffentlichen Beschäftigtenentlohnungen, vor allem die Eisenbahn und die Post, müssen wieder zu Instrumenten der deutschen Volkswirtschaft werden. Wir verlangen die Erhaltung eines unabhängigen Berufsbeamtenstandes. Grundmäßig durchgeführte Sparmaßnahmen erfordert auch die Reformierung der Zahl der Abgeordneten in den vielen Parlamenten. Sozialfürsorge und Sozialpolitik müssen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft fortgesetzt werden. Nicht die Hoffnung auf fremde Hilfe, sondern allein die Bestimmung auf die eigene Kraft und den eigenen Willen wird eine Besserung der deutschen Zukunft herbeiführen.

## Zur Verhaftung des Konfularagenten von Georgien.

**Berlin, 26. Jan.** Der Abg. Dr. Frhr. v. Freytag-Loringhoven (Zm.) hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach Zeitungsmeldungen sind Mitte Dezember in Georgien zwei deutsche Konfularagenten von den Sowjetbedürftigen verhaftet worden. Deswegen wird gemeldet, daß fünf deutsche Ingenieure vor mehreren Monaten in Sowjetrußland verhaftet und nach Sibirien deportiert worden sind. Ist die Regierung, falls die Meldungen zutreffen, bereit, mitzuteilen, weshalb diese Tatsachen der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten worden sind? Und ist sie entschlossen, den Sowjetbedürftigen gegenüber dem deutschen Standpunkt nach allen Richtungen hin Stellung zu verhandeln?

## Ausland.

**Moskau, 26. Jan.** Der Konflikt zwischen Rußland und Litauen ist durch ein förmliches Abkommen beigelegt worden.  
**London, 26. Jan.** Die englische Presse, mit der Entwicklung im Fernen Osten unzufrieden, berichtet von antisowjetischen Kundgebungen in Peking.

## Mussolinis deutschfeindliche Politik.

**Paris, 26. Jan.** Das nationalistische Blatt „L'Action“ veröffentlicht ein Gespräch seines Sonderberichterstatters mit Mussolinis. Die Bemerkungen Mussolinis sind ausgesprochen deutschfeindlich und charakterisieren sich durch einen Antrag des Führers an Frankreich, intime französisch-italienische Beziehungen zu schaffen und sowohl in Europa gegenüber Deutschland als auch in Wien gemeinschaftliche Wege zu verfolgen. Mussolinis erklärte dem Berichterstatter des „L'Action“: „Ich habe in den letzten Tagen mit Julius Caesar's Buch über den gallischen Krieg gelesen und erinnere mich dabei daran, daß heute ebenso wie damals die Deutschen die Feinde Italiens waren. Es ist die Aufgabe Italiens und Frankreichs, sich gegenüber einem gemeinsamen Gegner zu verständigen. Vor dem Vorratvertrag waren die Deutschen beiseite und waren mit einer feindlichen Vermittlung der Feindschaft der alliierten Truppen im Rheinland zurückgebracht. Heute verlangen sie die Beseitigung der Okkupation. Ich halte für notwendig, gegenüber den Deutschen eine härtere Sprache zu führen. Es ist auch unrichtig, daß wir Italiener, Slaven, Savonen und Korsikaner mit Frankreich verlangen. Für uns ist es wichtig, gemeinschaftlich mit Frankreich im nahen Orient zusammen zu arbeiten und die Beziehungen zwischen der französischen Republik und dem künftigen Kaiserreich Italien so eng wie möglich zu gestalten.“ — Das Interview Mussolinis verfolgt die Tendenz, den faschistischen Gedanken in Frankreich zu fördern, und als Ergebnis guter Beziehungen zwischen Frankreich und Italien eine Allianz zwischen den beiden sogenannten lateinischen Großmächten anzubringen.

## „Tempo“-Heft gegen Deutschland.

**Paris, 26. Jan.** Der „Tempo“ schreibt in einem „Deutschland und Italien“ überschriebenen Heftartikel: „Italien betreibt in Südtirol eine Unterdrückungspolitik, wie sie Deutschland vorher mehr als irgend ein anderer Staat in Europa ausübte. Das vergessen heute die Deutschen. Sie mögen sich an die Unterdrückung erinnern, der Elsaß-Lothringen jahrelang ausgeübt war (1), an die baskenmörtende Haltung, die bei der Vertreibung aus den einst den Völkern entzogenen Gebieten angewendet wurde! Es ist richtig, daß die italienischen Behörden gegenüber der deutschen Minderheit in Tirol ebenso verfahren, wie früher die österreichischen Behörden gegenüber den Italienern in Trentino. Wenn sich die öffentliche Meinung in Deutschland über die Unterdrückung der Südtiroler Deutschen äußert, so erkennt man, daß diese vorgezeichnete germanische Minderheit durch die Berliner Regierung benutzt wird, um eine völkische und moralische Aktion im Zeichen des Deutschland einzuleiten. Darin ist die erste Bedingung der Wiederannäherung der deutschen Macht auf der ganzen Welt zu erblicken. Wir nehmen an, daß die Angriffe, die man von deutscher Seite gegen Italien richtet, nicht zu Folgen erster Natur führen werden, doch die Italiener sollten sich die Haltung Deutschlands zur Warnung dienen lassen. Sie sollen sich gegen die deutsche Propaganda und die deutschen Intrigen entsprechend schützen, denn es droht der öffentlichen Meinung ihres Landes die Gefahr der Irreführung.“ — Aus diesem Kommentar spricht wohlloser das gegen Deutschland und die deutschen Minderheiten in Europa. Der „Tempo“ billigt die Haltung Italiens gegenüber Deutschland, obwohl er zugibt, daß den Deutschen Südtirols früheres Unrecht angetan wird.

## Mussolinis ergebener Diener.

Über die Ergebenheitsbeweise, an der auch der deutsche Generalkonsul in Venedig beteiligt ist, liegt folgende Meldung vor:

**London, 26. Jan.** Unter Führung des englischen Generalkonsuls in Venedig ist an Mussolinis eine Adresse gerichtet worden, in der alle Konsularbeamten der europäischen Mächte in den Provinzen Trient und Venedig erklären, daß für die Mitteilungen, die in der deutschen Presse erschienen seien, wonach in diesen Provinzen unerhörte Zustände herrschten, nicht die geringste Unterlage vorhanden sei. Die Zustände seien vielmehr vollkommen normal, der Fremdenverkehr werde gefördert und jeder Fremde werde mit größter Lebenswürdigkeit aufgenommen.

## Die „normalen“ Zustände in Südtirol.

Beim Zarnyverein in Trient wurden einige alte, verrobbete Gewehre vorgefunden, die gelegentlich bei Theaterspielen Verwendung fanden. Der Vorsitzende des Vereins, der katholische Geistliche Pertramer, wurde deswegen zu 14 Tagen Kerker verurteilt. Der Besitzer eines Gasthofs, bei dem ein alter Volksspiel einer Theaterspielgesellschaft gehalten wurde, ist in zweiter Instanz zu zwei Monaten und 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In einer Verhandlung in Trient wurde ein Bauer verurteilt, bei dem man einen alten Vorderlader fand, zu zehn Monaten Kerker und sein Vater zu drei Monaten Kerker verurteilt. — Die deutsche Benennung der Eisenbahnstationen in Südtirol ist verboten und die sofortige Entfernung der deutschen Namenstafeln angeordnet worden. Das Ausrufen von deutschen Stationsnamen darf zu unterbleiben. Bisher waren auf den Stationsgebäuden und auch in den Fahrplänen die deutschen Stationsbezeichnungen zum Teil noch vorhanden.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg, 26. Jan.** In der am Sonntag nachmittag im „Bären“ stattgefundenen aus Stadt und Bezirk zum beabsichtigten Versammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, bei welcher ein Vortrag von Stadtrat Meiner, Hellbronn, vorgelesen war über Steuerfragen, Realcredit und die Auswirkungen der Finanzwirtschaft, sprach nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden dieser an Stelle des zunächst nicht anwesenden Stadtrats über die steuerliche Belastung insbesondere des deutschen Hausbesitzes und die bevorstehende Steuerreform. Seit der Stabilisierung der Mark leide das allgemeine Wirtschaftsleben, Industrie, Handel und Wirtschaft unter einer immer härteren in Erscheinung tretenden ausgedehnten Kreditnot. Wenn in den letzten Jahren und heute mehr denn je Vertriebsmöglichkeiten erfolgen, Unternehmensgründungen gehen und die Karte unserer Wertpapiere auf einem Tiefstand angelangt sind, der mit dem inneren Wert der Unternehmensgegenstände nicht begründet werden kann, so ist das letzte Ende doch nur alles daraus zu erklären, daß die Verluste auf Grund des Krieges und der Friedensverträge, die Inflation und die Inflation und die Finanzwirtschaft in den verschiedenen Formen Deutschland den Produktionskapitalen zum größten Teil beraubt. Es fehle uns weder an persönlichen Arbeitskräften noch an sachlichen Produktionsmitteln, wohl aber an dem Wille, das in den Ädern der Volkswirtschaft kreisen muß, wenn diese befriedigend funktionieren soll: dem Kapital. Im

Jahr 1913 belanden sich auf den deutschen Sparkassen und 194 Milliarden Einlagen, die heute zusammengekommen sein dürften auf nicht mehr als 100 Millionen. Die Hypothekendarlehen hatten 17 Milliarden Pfandbriefe ausgegeben und in annähernd gleicher Höhe Hypothekendarlehen gewährt. Die Inflation, von der ein nachkriegszeitlicher Finanzminister einmal treffend sagte, sie sei der beste und sicherste Weg zur Sozialisierung, hat diese Kreditmittel zum größten Teil aufgezehrt. Die deutschen Genossenschaften verzeichneten 1913 insgesamt 53 Milliarden Anteile, Reserven und Spargelder in der Höhe von 7 Milliarden Mark. Ein paar hundert Millionen sind vielleicht übrig geblieben von diesen Milliarden, mit denen Bauern, Gewerbetreibende und ein Teil der Arbeiter durch organisierte Zeitschiffe ihre Kreditbedürfnisse befriedigen. Die Depositen der deutschen Banken wurden im Jahre 1914 auf 20 Milliarden Mark veranschlagt. Heute würden höchstens 10 Prozent dieser Summe ihnen als Depositen zur Verfügung stehen, und die 16,2 Milliarden Aktien der deutschen Banken sind gleichfalls um ein erhebliches verringert. Der deutsche Hausbesitz repräsentiert nach Schätzungen Helfferichs und anderer Sachverständiger im Frieden einen Aktienposten der deutschen Volkswirtschaft in Höhe von rund 120 Milliarden Goldmark. Auf den Reichsdarlehensschuldigkeiten sind zum mindesten 70 Prozent auf Verlustkonto zu buchen. Das bedeutet, daß der deutsche Hausbesitz infolge Inflation und Zwangsversteigerung auf rund 36 Milliarden Goldmark herabgewirtschaftet worden ist. Erst die Stabilisierung der Mark hat dem größten Teil des deutschen Volkes die Augen geöffnet über sein Vermögen und das Vermögen des Einzelnen. Die wenigen Wirtschaftswissenschaftler, die vor Jahren die sog. Feuerung als Ursache der Papiermark mit ungeheuren Substanzverlusten bezeichnet haben und die mit Rücksicht auf diesen Umstand Ordnung in den Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden und gleichzeitig eine vernünftige Finanzwirtschaft forderten, sind als Irrtümer verdrängt worden. Wie stehen heute die Dinge? Heute haben auch diejenigen, die damals glaubten, ihr pöplisches fossiles Kapital bis zu Milliardenhöhe sei gleichbedeutend mit der Fähigkeit, schwierige wirtschaftspolitische Probleme zu lösen, einsehen lernen müssen, wie sehr die großen Ansätze der Inflation die Volkswirtschaft bedenklichen Bedenkfragen für unsere Volkswirtschaft und damit für unser ganzes Volk sind. Wir sind uns alle klar darüber, daß die uns durch den Friedensvertrag und durch den Zuwachs an Aufträgen angeblühenden Völkern zu tragen und die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Reich, Ländern und Gemeinden nur dadurch möglich ist, daß alle Kräfte sich die größten Opfer auferlegen und andererseits alle Chancen der Wirtschaft erschlossen werden müssen, um die Steuern aufzubringen, die zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes notwendig sind. Eine andere Frage aber ist die, ob man in wirtschaftspolitischer Beziehung, so man in finanzwirtschaftlicher Beziehung immer so weitblickend, staatsmännisch klug und verantwortlich gehandelt hat, daß man in der heutigen Zeit der Not und des Elends nicht den herrschenden Vorurteil vermeintlicher Verschwendung unserer Vermögensverhältnisse erbeben muß. Man wird diese Frage nicht verlos verneinen können. Auch auf dem Gebiet unserer Steuer- und Finanzwirtschaft kann nur dann eine Gesundung eintreten, wenn wir zu den aus Vernunft und Erfahrung aufgestellten Grundsätzen zurückkehren, die sich in den obersten Steuerprinzipien ausdrücken: nämlich der freiwilligen Leistungsfähigkeit und der freiwilligen Gerechtigkeit. Steuerliche Leistungsfähigkeit bedeutet, daß die Steuern nach dem Leistungsvermögen des Steuerpflichtigen bemessen, und steuerliche Gerechtigkeit bedeutet, daß die Steuern so verteilt werden, daß jeder Bevölkerungsmitglied den Anteil aufzubringen hat, der ihrer Stellung im Staats- und Wirtschaftsleben entspricht. Von diesen, einem gesunden Steuerrecht zugrundeliegenden Gedanken haben wir in der Nachkriegszeit nur wenig festhalten können. In diesem Mißstand trat noch ein anderer durch die ungeborene Komplexität und Mannigfaltigkeit unserer Steuererträge, Umstände, die letzten Endes dazu führten, daß sich auch ein geschulter Steuerfachmann und Steuerbeamter nur mühselig und unzulänglich durch das Steuerlabyrinth hindurchwinden konnte. Gerade die letzteren Umstände trugen so mit dazu bei, nicht nur dem einzelnen Steuerpflichtigen sondern auch dem Steuererheber wie die ausübenden Behörden in ihrer Autorität in ein wenig beneidenswertes Licht. Die Komplexität des Steuerrechts führte in Verbindung mit der Schaffung einer reichsweiten Steuerverwaltung u. a. dazu, die in der Steuerverwaltung beschäftigten Beamten und Angestellten gewaltig zu vermehren, so daß gegenüber den etwa 30000 Steuerbeamten der Vorkriegszeit im Dienst der Reichsfinanzverwaltung noch dem Etat von 1923 nicht weniger als 12073 Personen beschäftigt waren. Nach einer Zusammenstellung des Etats 1924 waren am 1. April 1924 immerhin noch 70565 Personen in der Finanzverwaltung tätig. Nach dem Haushalt für 1924 kostete die Reichsfinanzverwaltung rund 340 Millionen Mark, nach dem Etat von 1925 sind 399 Millionen Mark angesetzt, also 6 Millionen Mark mehr als die gesamte deutsche Einkommensteuer im Jahre 1913 gebracht hat. (302 Millionen). Dabei ist zu bedenken, daß heute anders als vor dem Kriege die Wirtschaft, vor allem auch der deutsche Hausbesitz, einen wesentlichen Teil des Bruttonutzen- und Ertragsbeitrags wahrzunehmen hat. Der Hauptteil der Ausgaben der Reichsfinanzverwaltung fällt auf die Landesfinanzämter und die Finanzämter. Das Reichsfinanzministerium selbst kostet 5,5 Millionen Mark. Um zu sehen, in welchem Verhältnis sich die Steuerlasten des Jahres 1924 belanden zu denen des Jahres 1914, seien einige Zahlen aus dem Reichshaushalt beider Jahre vorgetragen. Das Reichsministerium des Inneren benötigte im Jahre 1914 einen Aufschlag von 26 Millionen Goldmark, 1924 waren dafür 213 Millionen Goldmark eingelegt. Das Reichsarbeitsministerium, welches im Frieden als selbständiges Mini-

loct nicht ergiebt, war 1924 mit 444 Millionen Goldmark ein-  
gesetzt. Davon entfielen nicht weniger denn 400 Millionen  
Goldmark auf die Eisenbahnen. Und obwohl der An-  
teil von Heer und Marine von 85 Prozent auf 21 Prozent zu-  
sammenschrumpft ist, mühten die 1920 Millionen, die 1914  
für Heer und Marine bereitgestellt waren, im vergangenen  
Jahre zu fast vierhundert Millionen für Pensionen und Er-  
werbslosensfürsorge eingesetzt werden. Obwohl es, um einen  
brautbaren Maßstab für die Frage der Sparativen Wirtschaft  
im Hause zu haben, falsch wäre, die Vorkriegszahlen ohne wei-  
teres in Vergleich zu setzen mit den Ausgaben der Gegenwart,  
da die erheblichen Belastungen aus dem Verfallter Vertrag und  
dem Londoner Abkommen einen Mehrauswand gegenüber der  
Friedenszeit bedingen und da andererseits den ökonomischen Kör-  
perlichkeiten gegenüber dem Frieden eine Reihe neuer Aufgaben  
gestellt worden sind, so muß doch darauf hingewiesen werden,  
daß die erhöhten Steuern von einer verarmten  
Wirtschaft aufgebracht werden müssen. Bedenkt man, daß  
das Vermögen des deutschen Volkes nach amtlichen Schätzungen  
von ca. 300 Milliarden Goldmark vor dem Kriege auf ca. 120  
bis 150 Milliarden Goldmark herabgesunken ist, ein Umstand,  
der sich in dem Verzinsungsgrad unserer Bevölkerung, in der  
teilweisen Aufhebung der Substanz und des Betriebskapitals  
sowie in dem Mangel an neuem Kapital ausdrückt, so gewin-  
nen die erhöhten steuerlichen Kosten der Nachkriegszeit erst das  
richtige Verhältnis für das angebotene Ausmaß an Opfern,  
das der deutschen Wirtschaft in der Nachkriegszeit auferlegt  
worden ist. Im Jahre 1924 hat das Reich insgesamt 7,3 Mil-  
liarden Reichsmark vereinnahmt, obwohl nur 5,2 Milliarden  
denahtig waren. Es wurden also 2,1 Prozent mehr aus der  
Wirtschaft herausgeholt. Es ist noch zu beachten, daß außer  
den Steuern noch schätzbare Verwaltungsgebühren, Finanz-  
gebühren bei gemischt-wirtschaftlichen Betrieben erhoben werden.  
Unter Berücksichtigung dieser Abgaben beträgt die gesamte Ab-  
gabenlast rund 10,2 Milliarden Mark, mit der die deutsche  
Volkswirtschaft belastet war. Dabei folgte die deutsche Ver-  
waltung 1/2 mal so viel als im Frieden. Rechnet man noch die  
um 40-50 Prozent über dem Friedensstand liegenden Tarife  
der Reichsbahn, die Sonderabgaben für die besetzten Gebiete  
und die Sozialabgaben, letztere nur mit 1,5 Milliarden jährlich  
hinzu, so ergibt sich eine Gesamtabgabe von rund 12 Mil-  
liarden Mark für 1924, also fast das dreifache des Friedens.  
Der Reichetat für 1925 ergibt die gleiche Last von 12 Mil-  
liarden Mark. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, darüber,  
daß an dieser ungeheuerlichen finanziellen Belastung auch der  
städtische Haushalt in erheblichem Umfange beteiligt war:  
Grundsteuer, Mietsteuer, Gebühren und Beiträge, Reichs-  
vermögenssteuer, Wertminderungssteuer, Grunderwerbsteuer  
und wie die Abgaben alle heißen mögen, belasten den städtischen  
in einer unermesslichen Weise, und zwar um so mehr, als er durch  
die künstlich niedrig gehaltenen Mieten nur zum Teil seine  
Ausgaben decken kann. Gleich den übrigen deutschen Wirt-  
schaftsgruppen ist daher auch der deutsche Haushalt seit Jah-  
ren bemüht um eine Reform der Reichs- und Landessteuer-  
gesetzgebung. Nach jahrelangen Verhandlungen ist nun endlich  
das Reformwerk in Angriff genommen und befinden sich die  
Kaufleute der verschiedenen Städteverbände mitten in ihren  
Beratungen. Eines der wichtigsten Geleise ist bereits vor  
kurzem verabschiedet worden, nämlich das Steuerüberleitungs-  
gesetz, das im Gegensatz zu den einmütigen Forderungen der  
deutschen Wirtschaft unter die Vorwurfsabteilungen im Jahr 1924  
einen tiefen Stich macht. Die so notwendige und im Interesse  
der Wirtschaft wünschenswerte Bereinigung für 1924 bezüglich  
des Einkommens ist fallen gelassen. Eine feinerget regierungs-  
seitig erwachte Auflage ist damit nicht eingehalten worden.  
Entsprechend dem Ansinnen der Steuerlast soll der städ-  
tische Haus- und Grundbesitz als eine der wichtigsten Vermö-  
gensklassen besonders stark herangezogen werden. Es wür-  
den sich folgende Belastungen nach dem Entwurf ergeben:  
Steuer vom Grunderwerb 770 Millionen, Mietsteuer 400  
Millionen, für städtische Zwecke 1600 Millionen, Grund-  
erwerbsteuer 150 Millionen, Stempelsteuer, Wertminderungs-  
steuer 100 Millionen, auf 3020 Millionen Mark. Dazu treten noch  
die Betriebskosten und Gemeindefürsorge mit rund 500 Millio-  
nen, das ergibt die Summe von 3390 Millionen Mark. Einmal  
noch des Gemeindefürsorge zu Grundsteuer, Straßenbau-  
kosten und Abwasserbeiträge muß der deutsche Haushalt in  
offiziell-rechtlichen Abgaben im Sinne der Steuern, Gebüh-  
ren und Beiträgen nicht weniger als annähernd 10 Milliarden  
Goldmark aufbringen, wobei immer nur Durchschnittszahlen an-  
genommen sind. Tatsächlich ist die Belastung eine höhere, weil  
die meisten Gemeinden ihre Grundvermögenssteuerzuschläge  
über 150 Prozent hinaus gesteigert haben. Man wird also mit  
Fug und Recht einen Betrag von 4 Milliarden Goldmark in  
Anschlag bringen können, die nach den Plänen der Reichsregie-  
rung in einem Jahre aus dem städtischen Haus- und Grund-  
besitz an Steuern, Gebühren und Beiträgen herausgewirkt  
werden sollen. Da die gesamte deutsche Steuerlast im Jahre  
1913 an Reichssteuern, Staatssteuern und Gemeindesteuern zu-  
sammen 400 Millionen Mark betrug, so ergibt sich hieraus,  
daß der städtische Haushalt jetzt fast allein diesen gesamten  
Steuerbetrag aufbringen soll. Anders ausgedrückt entspricht  
die Steuerlast von 4 Milliarden Mark 80 Prozent der Gesamt-  
friedensmiete im deutschen Reich, die bekanntlich mit 5 Mil-  
liarden Mark im verfeinerten Reichsgebiet anzunehmen ist.  
Daß der organisierte deutsche Haushalt mit allen zur Ver-  
fügung stehenden Mitteln gegen diese finanziellen Überbelastung  
ankämpfen muß, liegt auf der Hand.

In dieser finanziellen Überlastung des städtischen Haus-  
besitzes ist nicht nur dieser selbst, sondern die gesamte deutsche  
Wirtschaft in hohem Maße interessiert. Und wenn demgegen-  
über seitens der öffentlichen Organe auf die Rohwendigkeit,  
diese Steuern herabzusetzen, um die Städte zu belasteten,  
hingewiesen wird, so muß seitens der deutschen Hausbesitzer-  
Organisationen im Verein mit den übrigen Wirtschaftsgruppen  
immer wieder auf die Rohwendigkeit voranstricher Wirtschaft  
hingewiesen werden. Hierin liegt es aber noch sehr im argen,  
und vor allen Dingen Länder und Gemeinden kennen bisher  
den Sparmaßstabsbegriff so gut wie nicht. Was nicht es schließ-  
lich, wenn wir einen Sparmaßstab im Reich haben, wenn  
trotzdem und vor allen Dingen in der großen Mehrzahl von  
Gemeinden, das Sparmaßstabsprinzip unbekannt bleibt. Hier  
kann nur durch eine Änderung eintreten, wenn auch in den  
Gemeinden jener kaufmännische Geist Platz greift, der den pri-  
vaten Geschäftsmann beherrscht, wenn er nicht über kurz  
oder lang in Ruin geraten will. Notwendig ist daher, daß  
auch in der Gemeindeverwaltung eine vernünftige Arbeitstei-  
lung eintritt, unproduktive und unproduktive Aufgaben  
ausgemerzt und die Beamten nach Leistungsfähigkeit und Ver-  
antwortlichkeit ihrer Stellung besetzt werden. Tragt der  
Reichsdienst der Vermögensverwaltung in den Gemeinde-  
parlamenten weiter, wie bisher um sich, dann wird, wenn auch  
nicht zunächst der Struktur der Gemeinde, so doch der der  
Steuerträger die unbedingte Folge sein müssen, ganz abgesehen  
davon, daß die zumeist nicht als Produktivkapital verwandten  
Steuern unserer Produktionsvorgang verteuern und mit dazu  
beitragen, die Exportfähigkeit und Umschlagfähigkeit zu hemmen.  
Wäre man nicht aus Gründen sozialistischer Gleichmachererei  
das Steinerne Haushaltprivileg für das Gemeindeparlament

besetzt haben, so würde wahrscheinlich der Haushaltsplan der  
Gemeinden mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft härter im  
Einklang stehen. Es muß daher als eine der vornehmsten Auf-  
gaben aller Hausbesitzerorganisationen betrachtet werden, der  
Kampf für eine Befreiung nicht nur der Wohnungswirt-  
schaft, sondern auch der Finanzwirtschaft zu sein.  
(Fortsetzung folgt.)  
**Neuenbürg, 26. Jan.** Letzte Woche fand hier die Grün-  
dungsversammlung des Vereins für Tuberkulosebekämpfung  
e. V. unter dem Vorsitz des gelehrten Arztes Dr. E. Dorn-  
Charlottenhöhe bei Calmsbach statt. Der Verein bezweckt die  
Schaffung von Siedlungsstationen für offene Tuberkulose, die  
überall in Deutschland an klimatisch günstigen Orten im An-  
schluß an bestehende Lungenerkrankungen begründet werden sol-  
len. Die Versammlung wählte an Vorstandsmitgliedern ein-  
stimmig Dr. Dorn-Charlottenhöhe und Fabrikant Dobert-  
Vorzheim. Möge den gemeinnützigen Bestrebungen des Ver-  
eins ein großer und rascher Erfolg beschieden sein. In den  
Siedlungen sollen offene Tuberkulose, vor allem Arztschul-  
dichte, nicht nur Heilung von ihrem Leiden, sondern auch  
angenehme Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten finden. Zugleich  
soll durch die Siedlungen die große Gefahr der Ansteckung  
wesentlich verringert werden.  
**Wetterbericht.** Die Depressions im Norden macht  
sich immer mehr geltend. Unter ihrem Einfluß ist für Don-  
nerstag und Freitag dießfalls bedecktes, auch zu vereinzelten  
Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.  
**Freudenstadt, 26. Jan.** Die Sozialdemokratische  
Partei hielt ihre heutige Generalversammlung im  
Rathsaal ab. Der Vorstand begrüßte die zahlreich erschienenen  
und gab in feinem Bericht einen Rückblick über die Tätigkeit  
des Vereins im verflochtenen Jahr. Sodann behandelte er die  
Aufgabe, welche dem Verein im neuen Jahr bevorsteht in An-  
betracht des demniederliegenden Wirtschaftsjahres. Die Neu-  
wahl brachte eine wesentliche Veränderung. Der leitende Vor-  
stand Paul Krumm jun. erklärte, daß er eine Neuwahl unter  
seinen Umständen nicht annehmen könne wegen Geschäftsüber-  
nahme. Die Versammlung mußte die Begründung anerken-  
nen und wählte an seine Stelle Albin Brenner. Die  
übrige Verwaltung wurde bekräftigt. In der noch folgenden  
Ausprobierung wurde besonders die Grunderwerbsteuer be-  
handelt und angeregt, daß die in Aussicht genommenen Vorarbeiten  
sald in Angriff genommen werden sollten, was von den  
anwesenden Gemeindevorstellern zugesagt wurde. — Nachdem  
die Wahlprüfung erledigt und die Gemeinderatswahl für  
gültig erklärt worden ist, wurden heute die neu gewählten Ge-  
meinderäte in ihr Amt eingeführt.  
**Herrenbach, 26. Jan.** (Geschäftsübernahme.) Am 1. April  
wird die Leitung des lebend bekannten Cafés Parzer  
auch das Karlsruher Café des Besten übernehmend.  
Herr Erwin Parzer wird persönlich in der Führung tätig sein.  
**Württemberg.**  
**Freudenstadt, 26. Jan.** (Der Staatspräsident im Krankheits-  
urlaub.) Staatspräsident Baumbach ist heute vormittag in Freuden-  
stadt eingetroffen und hat im Kurhaus Palmengäßchen Wohnung ge-  
nommen, um hier seinen Krankheitsurlaub zu verbringen.  
**Stuttgart, 26. Jan.** (Gegen die Aufhebung der Bauhoff-  
stelle.) Die Arbeitsgemeinschaft für gemeinnützige Wohnungs-  
bestrebungen hat einer Entschließung zugestimmt, worin die  
Regierung und der Landtag dringend erwidert werden, im  
Interesse der freien Wirtschaft, des kleinen und mittleren Ge-  
werbes und der Fortschritts der gemeinnützigen Bauwirtschaft  
den Abbau der Bauhoffstelle im jetzigen Zeitpunkt unter sei-  
nen Umständen zuzulassen.  
**Stuttgart, 26. Jan.** (Jahresversammlung des Württ. Lan-  
desausschusses für Leibesübungen.) Am letzten Sonntag fand  
im Charlottenhof hier die Jahresversammlung des Württ.  
Landesverbandes für Leibesübungen statt. Aus dem Jahres-  
bericht des ersten Vorsitzenden war zu entnehmen, daß in den  
beiden Hauptprogrammpunkten — die wesentliche Erhöhung des  
Staatszuschusses und die Frage der Spielplatzbestattung na-  
mentlich auf dem Lande — trotz größter Bemühungen keine  
bemerkenswerten Fortschritte gemacht worden sind. Der Aus-  
schuß will der württ. Staatsregierung und dem württ. Land-  
tag eine Denkschrift überreichen, in der alle Forderungen klar  
niedergelegt werden. Was den Staatszuschuß betrifft, so stimmt  
Württemberg eine unwillkürliche Sonderstellung ein. Im Ver-  
gleich zu den Zahlen anderer Länder nimmt sich die Summe —  
wie ein Vertreter bemerkte — nur wie ein Klumpen aus. So  
zahlten im Jahre 1925: Preußen 1.800.000 M., Bayern  
900.000 M. (hieszu kommen noch beträchtliche Summen der  
Kreisregierungen), Sachsen 250.000 M., Baden 210.000 M.,  
Danzig 200.000 M., Württemberg 200.000 M. Von diesen  
200.000 M. erhielten der 11. Turnkreis 1300 M., der Fußball-  
Verband 55 M., die Schwertkämpfer 40 M., die Leichtath-  
leten 310 M. Die übrigen Verbände erhielten weit geringere  
Beträge. Es wurde beschlossen, mit der Überreichung der  
Denkschrift einen Antrag auf Erhöhung des bisherigen Zu-  
schusses von 15.000 M. auf 200.000 M. zu stellen. Für Spiel-  
platzfrage wurde hervorgehoben, daß der Staat kein Recht habe,  
den Gemeinden wegen Erhaltung von Spielplätzen und Turn-  
plätzen Vorschriften zu machen, solange hierüber kein bestimmtes  
Landesgesetz vorhanden ist.  
**Stuttgart, 26. Jan.** (Grundpreise für Laubstammholz.)  
Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Am 20. 1. 1926 hat  
im Finanzministerium unter der Leitung des Finanzministers  
eine Besprechung zwischen den Vertretern des staatlichen und  
nichtstaatlichen Waldbesitzes sowie der Holzindustrie und des  
Handwerks wegen der neuen Landesgrundpreise für Laub-  
stammholz und Papierholz stattgefunden. Anlaß hieszu hatten  
Eingaben der genannten Gewerkschaften wegen des Inhalts,  
daß die Preisfestsetzung der Grundpreise für 1926 mit der bei-  
liegenden unzulänglichen Wirtschaftslage und den Preisüberstei-  
gungen der Reichsregierung nicht im Einklang stünde. Im  
Vordergrund der Besprechung stand die Befürchtung, es könnte  
seitens der Waldbesitzer die neuen Grundpreise bei den  
Holzverkäufen als Mindestpreispreise angewendet werden.  
Demgegenüber konnte als Ergebnis der eingehenden Verhand-  
lungen der Finanzminister folgendes feststellen: Eine Ren-  
derung der Landesgrundpreise konnte wegen der zu befürchtenden  
Verwirrung nicht in Betracht. Während die württembergischen  
Grundpreise für Laubstammholz bei der Holzverarbeitung den  
Charakter von Mindestpreisen hatten, stellen die neuen Landes-  
grundpreise Mittelpreise dar, die den Durchschnittserlösen vom  
Jahre 1925 entsprechen und lediglich Preisfaktoren für die Kalkula-  
tion seien. Für die Festsetzung des Mindestpreises sei nach wie  
vor nicht der Grundpreis, sondern der Holzverkaufspreis maß-  
gebend. Beim Verkauf soll wie bisher auf den durch Angebot  
und Nachfrage bedingten Preisstand Rücksicht genommen und  
dementsprechend die Aufschlagverteilung der jeweiligen Markt-  
lage angepaßt werden. Die staatlichen Vorstände sollen mit  
Wesentlichem darüber verfahren werden, auch soll der Waldbesitzer-  
verband auf seine Mitglieder in gleichem Sinne einwirken.  
**Stuttgart, 26. Jan.** (Übergang von der Grundschule in  
eine mittlere oder höhere Schule.) Von zuständiger Seite wird  
mitgeteilt: Durch das Reichsgesetz betr. den Übergang der  
Grundschule vom 18. April 1925 ist bestimmt worden, daß im

Einzelfälle besonders leistungsfähige Schulkinder nach Be-  
schluß der Grundschulbehörde unter Genehmigung der Schul-  
behörde schon nach dreijähriger Grundschulzeit zur Aufnahme  
in eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden können.  
Für Durchführung dieses Gesetzes hat das Kultusministerium  
eine Verfügung erlassen, die im amtlichen Teil des Blattes  
angezeigt veröffentlicht wird. Sie gründet sich im wesent-  
lichen auf die Richtlinien, die mit den übrigen Ländern abge-  
handelt worden sind und bestimmt im einzelnen, daß Lehrer  
und Schullehrer, die die dritte Grundschulklasse verlassen  
unter bestimmten Voraussetzungen der Übertritt in die  
Klasse einer höheren Schule oder Mittelschule gestattet werden  
soll. Die Anträge der Erziehungsberechtigten müssen  
spätestens 15. Februar unter Angabe der Schule, in die der  
Kind übertritt soll, schriftlich beim Klassenlehrer der Grund-  
schule gestellt werden. Die Aufnahme, über die die zuständige  
Oberschulbehörde entscheidet, erfolgt zunächst auf Probe.  
Endgültige Aufnahme erfolgt im Laufe des Monats Juli  
Grund einer Aufnahmeprüfung.  
**Stuttgart, 26. Jan.** (Fleischpreisabschlag.) Mit sofortiger  
Wirkung ist der Preis einiger Fleischsorten wie folgt herabgesetzt worden:  
Kuhfleisch 1. 1 Mark hat bisher 1,10, Kuhfleisch 2. 85 hat  
Kuhfleisch 1. 60-65 hat 65-70 Pf., Kuhfleisch 2. 40-50 hat  
bis 55 Pf. Die Preise der übrigen Fleischsorten bleiben unverändert.  
**Leonsberg, 26. Jan.** (Friedensfeier.) Der alljährliche  
große Leonsberger Friedensfest findet heute am Dienstag, 9. Febru-  
ar statt. Nach allen Angaben dürfte dieses Jahr auf den Markt  
einem äußerst großen Anteil von Frieden aus allen Teilen  
Kandes gerechnet werden. — Die Reichsbahnverwaltung wird auch  
mal wieder zu diesem Markt Einträge nach Leonsberg laufen lassen.  
**Schramberg, 26. Jan.** (Festgenommener Zuchthäuser.) In  
Nacht auf Mittwoch letzter Woche gelang es dem hiesigen Kreis-  
polizei einen vor zweieinhalb Jahren aus dem Zuchthaus in Leons-  
berg entlassenen und bisher verhafteten, von hier gebürtigen  
Gelehrten in seiner ehehellen Wohnung festzunehmen. Er hat nach  
drei Jahren von einer achtjährigen Zuchthausstrafe zu verleben, die  
wegen jährlicher Einbruchsdiebstahl in Schramberg und Umgebung  
sowie wegen seiner Beteiligung bei der nächtlichen Schließerei auf  
hiesiger Schulstube im Garten hinter dem evang. Gemeindefe-  
dikt worden waren.  
**Rosenfeld, 26. Jan.** (Schweinefleisch.) In der Nacht  
auf Sonntag wurde die Straße nach Bickelsberg durch einen  
Schnee am Sonntag morgen für den größeren Verkehr unbenutzbar  
und der Schnee durch eine größere Anzahl Arbeiter beseitigt wor-  
den, um menschen dem Auto freie Bahn zu schaffen.  
**Chingen a. D., 26. Januar.** (Handwerk im Not.) Geringer  
hier die Zimmermeister-Innung des Bezirks, um über Fortschritt  
oder Aufhebung der Innung unter den jetzigen Wirtschaftsver-  
hältnissen Beschluß zu fassen. Die Aussprache förderte zum Teil  
Forderungen über die Lage des Handwerks in Stadt und Bezirk zu  
Leute Holzpreise, hohe Zuschläge, Arbeitslosigkeit, Steuer-, Zins-  
und Inflationen, besonders aber ausbleibende, längst fällig ge-  
wünschte. Die Unzulänglichkeit und Handweckeln um das  
Brot es in diesem Tempo weiter, so wird bald nichts mehr zu  
erhoffen. Der Ausschuss der Innung ist bereit, die Innung  
ergab mit überwogender Mehrheit den Willen zur Fortführung  
Wahrung der gerechten Interessen des Handwerks.  
**Neublingen, 26. Jan.** (Mordtat eines Jägers.) Ersten Son-  
tagabend fand in Neublingen nach kurzem Wortwechsel der  
jährige Jägermeister Johann Reinhardt aus Hardt i. H. den hiesigen  
Jäger Georg August Reinhardt aus Sand i. H. mit einer Pistole  
in den Hinterhaken erschossen. Die Leiche wurde in einem  
Operation erlag der Schotterverletzung seinen Verwundungen.  
Der Täter verblieb nach dem Schuß in den nahen Waldungen.  
**Ravensburg, 26. Jan.** (Für die Erhaltung der Konfession-  
schule.) Im Konfessionsrat sprach gestern nachmittags  
Dr. Spröhl über die Konfessionsschule. Nach den Verhandlungen  
er dabei aus, die größte Sorge, die die heutigen Bischöfe an  
den deutschen Volk teilen, sei die Frage der Zukunft  
Schule. Die Idee sei ein Knäuel mit mächtigen Wurzeln.  
Die Hoffnungen, die man auf die Rechte gesetzt habe,  
teilweise getrogen und so siehe das katholische Volk allen  
dieser wichtigen Frage. Gerecht würden sich auch evangelische  
Kreise auf die Seite der Katholiken stellen. Trotz des Glaubens  
da die Revolution über uns brach, lobte nach dem Krieg  
den Kulturkampf auf und sein Ziel sei, die Religion ganz  
der Schule zu entfernen. Der Bischof wandte sich gegen  
Vorwürfe, die der Konfessionellen Schule gemacht werden.  
Religion sei ein überaus wichtiges Erziehungsmittel und  
das Herz der Schule bleiben. Der Bischof jähle dann auch  
Nachteile der Simultanschule auf. Mit ihr verliere man  
religiösen Gehalt, die katholischen Lehr- und Lehrbücher,  
Schulgebet und das Kreuz, und wenn einmal das aus  
Schule entfernt sei, dann sei auch der kirchliche Geist entwichen  
den und jeder andere gute Geist aus der Schule geflohen.  
Simultanschule vereinheitliche nicht, sondern sie reißt Lehrer  
und Schüler auseinander und in ihr leide besonders auch  
Verantwortlichkeit des Lehrers. Das katholische Volk sei für  
katholische konfessionelle Schule und dafür werde es kämpfen.  
**Friedrichshafen, 26. Jan.** (Neue Ortskrankenkasse.) In  
Verammlung des Handels- und Gewerbevereins wurde beschlossen,  
unter Leitung von Dr. Altmann Ortskrankenkasse zu gründen  
sollte für die Stadt Friedrichshafen zu gründen. Von den  
Mitgliedern der Vereinigung Kaffe kommen allein 2710 auf Friedrich-  
shafen. Voraussetzung ist, daß sich die Betriebskrankenkasse des  
Jahreskongresses anschließt.  
**Oberkochen, 26. Jan.** (Jagdsprei.) Der hiesige  
Brandstichter von hier will im Jagdsprei der Kaiser Jagdsprei  
ein angelegtes frisch verendertes Reh gefunden haben. Um sich  
an Rehräten zu leisten, nahm er es nach Hause mit und teilte mit  
dem Wirt Josef Seif von hier das noch zu erhaltene Fleisch.  
Man das hiesige Ende nach. Im anderen Vormittag kamen zwei  
Jäger von Bickel mit zwei Fortschritten, die die Spur verfolgten  
nicht nur das rebe Rehfleisch, sondern auch den halbfertigen Reh  
mitnehmen und der Jagdsprei auslösen konnten.  
**Weinsberg, 26. Jan.** (20 Prozent Umlage.) Der Gemein-  
debeschl. die Erhebung einer Umlage von 20 Prozent gegen 17  
Jahem im Vorjahr und erhold gleichzeitig Einkuhf dagegen, im  
Reich und Land immer wieder Aufgaben und Kosten auf Gemeinde-  
und Amtshauptverwaltungen abwälzen, ohne auch gleichzeitig für die er-  
forderlichen Mittel zu sorgen.  
**Baben.**  
**Bfzgröben, 26. Jan.** In der Nacht zum 3. Januar 1926  
wurde auf der Kreisstraße nach Bretten ein hier wohnender  
Holzarbeiter von zwei Männern überfallen und seiner Be-  
sitz beraubt. Zwei junge Burschen aus Gbräcken, die  
überfallen in den Straßengraben warfen und ihm mit  
Wasser seine Brieftasche wegnahmen, konnten jetzt festgenommen  
werden.  
**Bfzgröben, 26. Jan.** Daß ein Lotteriegewinn von 7000  
nicht abgehoben wird, dürfte zu den Seltenheiten gehören.  
Dieser Gewinn der Bfzgröberer Lotteriekasse, der  
die Nr. 68793 sei, ist trotz wiederholter Aufforderung  
noch nicht abgeholt worden.  
**Leibersberg, 26. Jan.** Ueberraschend schnell ist es den  
Nachforschungen der Gerichtsbehörden gelungen, den  
schickselhaften Mord aufzuklären. Es hat sich herausgestellt,  
daß der 23 Jahre alte Bruder der Christine Grohmann  
Schwester im Streit erlag, daß er nicht recht  
nach Hause gekommen ist. Es kommt darnach nicht  
betr. Körperverletzung mit Todesfolge in Frage. Allen  
sicher noch hat der Täter  
wahrscheinlich noch mit ein  
Der Täter wurde in das  
In dem Verbrechen ist  
nicht einen Anzeiger im  
schen, der auf einem Dorf  
ganze Anzahl Zeugen von  
aus der Bruder verhaftet  
Widerprüdie verwickelte.  
lichen Tode seiner Schwei-  
Bormittag des getrigen  
gehend gegenübergestellt  
Bruder der Ermordeten,  
Erst als ihm der die U-  
beachte auf den Kopf zuge-  
habe, legte er ein Geständ-  
gen Fortlebens feiner  
in Korn geüdet.  
Freiheitsfelder Schwende  
niger, verdächtigster  
mörder wurde geftern oben  
Vandebefähigung in Kamm

Stuttgart, 26. Jan. (Rebellen-  
besonders in Touristkreisen  
bestehen in Oberbayern  
und wochen. Vom Stand-  
stande wird immer wieder  
Oberbayern Berge, das  
Spezialamt als geldeindring-  
fähig werden darf.  
**Ein altes Brautpaar.**  
Dochter hat, bei der die  
Ihre Alter von 140 Jahren  
Bismarck zählt 79 Jahre,  
von 60 Jahren.  
**Ein Unentschied.** Die  
Lebensdauer der Hochalder  
nach in den Weichhallen in  
gedrückt ist und Leiden  
der Tot erweist wurde, hat  
**Handel**  
Stuttgart, 26. Jan. Dem  
bei wurden zugewandt: 55  
1800. Erlös aus je 1 Tr.  
Brot: 44-48, 2. 32-40 (34-  
26-44 (40-46), 3. 32-37 (33-  
26-45 (40-46), 3. 30-37  
26-32 (17-27), 3. 12-16  
60-70 (70-75), 3. 54-60 (61-  
64-68 (una), geschlachtet, Sch-  
60-81), 3. 78-77 (78-79), 4.  
60-70) Mark. Markt  
Börsen, 26. Jan. (Sch-  
26 Jan und zwar: 13 Osh  
Räder 60, 10 Faren 2), ein  
auf schwebend, Preis für ein  
bis 8, Räder 1, 50-53, Osh  
bis 3, Faren 44-52, Schmelz  
Die Preise gelten für  
schlechten sämtliche Speien  
Markt- und Verkaufskosten,  
Betragsverlust ein, müßte  
Stellpreis ergeben.  
**Neuzeit**  
Stuttgart, 26. Jan. Der  
folgende Klein-Anfrage ge-  
kann, daß der Gemeinde-  
Folgerung des Gewerbevereins  
in Verbot der Aufnahme eines  
von hiesigen Stadtortstand  
Stammesmitglied zu tun, um ein  
nützliches Recht zu Ordoort  
Stuttgart, 26. Jan. Auf die  
Stammes in Stuttgart hat die  
zu sein. Die Kommission, die bei  
den Einsprechern berufen werden  
von Vertretern in die ersten St-  
bis — von sonstigen Logen  
des Innern nichts bekannt — ein  
Schlussung mit dem Polizeibeh-  
nur Erlaß in Deutschland, in  
zu einer Einigung vorausgehend  
nützlichen Vorgehen nicht per-  
Wohnungsbau des hiesigen  
der Innung gemacht worden  
Sammungen, durch die die offen-  
liche gründet erscheint, werden  
Bekanntnisse jeweils treffen.  
**Stuttgart, 26. Jan.** Die  
Schleichen, des Weidmoll und  
Wass unter dem Namen Weid-  
Wass. Vorderläufig Geschlechts  
Stuttgart (Kronenstraße 25, 2).  
**Stuttgart, 26. Jan.** Im  
Dr. hier, der sich seit kurzen  
von Altmann Dr. Haas wegen V-  
berung von Duell mit württemb.  
Beratung aus Gewissensgründen  
Ehrenamtschaft. Dr. Haas ist  
zum Juli zu 150 Mark belassen  
Stuttgart, 26. Jan. Beim  
in Ehren des diplomatischen Korps  
die hier amnestierten fremden  
Friedenspräsident und der Reichs-  
Innen teilnehmen.  
**Berlin, 26. Jan.** Der Doh-  
von 1924 zu hohen Gehaltsmeh-  
er dem Dresdener Schöffengericht  
gegangen, auf Grund dessen er  
inschuldigen ließ, zu verurteilt  
nach Verhängnis verurteilt, die in  
angewandt wurden.  
**Berlin, 26. Jan.** Vom 1.  
Sonderverordnungsamplifier in  
1487335 auf 1762305. Die Et-  
lauf der mündlichen Hauptunter-  
1235943 auf 1550706 und die be-  
mpfänger von 161573 auf 211500.  
Anschlagsberechtigige Angehörige  
die Erhebung der Zahl der unter  
Hälfte des Dezember betrug rund  
**Berlin, 26. Jan.** Von den  
Kommunisten 18 gegen das Rabi-  
angebracht worden. Die Haltung  
geht — Vertreter der Sozialdemo-  
krate treten offener zu einer V-  
über die organisatorische Vorbereit-  
die entschließungslose Entlung  
erhalten. — An der Stelle des



